

# Einwohnerrat Pratteln

## Votenprotokoll Nr. 449

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 1. Februar 2016, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle**

---

Anwesend	37 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Patrick Ritschard, Erich Schwob und Fabienne Zahnd Birri  Gemeinderat: -
Vorsitz	Dominique Häring, Präsidentin
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

---

### Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Waidmanns-Unheil: Vetterliwirtschaft im Gemeinderat? Verpachtung der Prattler Jagd geht an Gemeinderatsmitglied“ 2980
2. Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Céline Dürr, SP, anstelle von Hêlin Deli Öztürk 2979
3. Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Schaffung von öffentlichen Wertstoffsammelstellen“ 2976
4. Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Klare Analyse der Personalaufstockung“ 2977
5. Beantwortung Postulat der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Dezentrale Energieerzeugung“ 2868
6. Zonenvorschriften Siedlung Mutation Salina Raurica – 1. Lesung 2947
7. Sondervorlage Strassennetzplan Pratteln Nord 2966
8. Antrag des Büros betreffend „Antrag der SP-Fraktion, Mauro Pavan, auf Teilrevision (Ergänzung) des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“ – 1. Lesung 2962
9. Fragestunde (nach der Pause)

### **Begrüssung durch Dominique Häring, Präsidentin**

Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter und liebe Gäste. Ich begrüsse sie zur 449. Sitzung. Neu im Rat ist Marc Weisskopf SVP, der anstelle von Roland Kuny im Rat sitzt. Am 1. Januar dieses Jahres ist Kurt Walter Spörri in seinem 86-igsten Lebensjahr verstorben. Er nahm am 1. Juli 1981 Einsitz in den Einwohnerrat und hat während 13 Jahren sein Engagement im Namen der FDP und für das Wohl der Bevölkerung eingebracht. In Gedenken an ihn folgt ein Schweigemoment.

### **Präsenz**

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 25 Stimmen.

### **Mitteilungen**

- Radio SRF hat gemäss Punkt 1.3.2 Geschäftsreglement des Einwohnerrates angefragt, ob bei der Debatte im Einwohnerrat eine **Tonaufzeichnung** gemacht werden darf. Das Büro hat dies gestattet und die Fraktionen wurden am letzten Freitag via Mail darüber informiert. Die Tonaufnahmen beginnen erst bei der Debatte zu den Zonenvorschriften Salina Raurica.
- Am 31. August 2015 hat der Einwohnerrat das **Reglement über den Baumfonds** beschlossen. Mit Entscheid vom 16. Dezember 2015 hat die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft den Erlass ohne Änderungen genehmigt. Der Gemeinderat hat das neue Reglement per 1. 2. 2016 in Kraft gesetzt.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Digitale Haltestellenanzeigen beim 14er Tram“ vom 6. Januar 2016
- Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Waidmanns-Unheil: Vetterliwirtschaft im Gemeinderat? Verpachtung der Prattler Jagd geht an Gemeinderatsmitglied“ vom 29. Januar 2016
- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend „Ortsbus“ vom 31. Januar 2016
- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend „Aussagekräftige Mitwirkungsberichte“ vom 31. Januar 2016
- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Petra Ramseier, betreffend „Zukunft der Wasserversorgung Pratteln und Wirtschaftsoffensive“ vom 31. Januar 2016

### **Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses**

**2980 Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Waidmanns-Unheil: Vetterliwirtschaft im Gemeinderat? Verpachtung der Prattler Jagd geht an Gemeinderatsmitglied“ vom 29. Januar 2016**

Verfahren: Zuerst ist zu entscheiden, ob der Dringlichkeit zugestimmt wird; es folgt die Diskussion zur Dringlichkeit.

**Christian Schäublin:** Seit vielen Jahrzehnten ist der Jagdverein Pratteln Pächter des Prattler Jagdrevieres und kümmert sich professionell und gewissenhaft um Wild, Wald und die Jagd in der Gemeinde Pratteln und der Pachtzins wurde jährlich termingerecht überwiesen. Nun hat der Gemeinderat am 19. Januar 2016 ohne Begründung und die bisherigen Pächter anzuhören, entschieden, die Jagd für die nächsten 8 Jahre neu zu vergeben. Dem bisherigen Jagdverein wurde dadurch die Existenzgrundlage entzogen. Dies geht aus unserer Sicht so nicht. Es ist kein guter Stil und ein Affront gegenüber dem traditionellen Verein, der die Jagdpacht bisher innehatte. Weshalb die Dringlichkeit? Anfangs April beginnt die neue 8-jährige Pacht und es bleibt nicht mehr viel Zeit. Ich persönlich bin mit dem Jagdverein seit klein auf verbunden und kenne auch alle Mitglieder dieses Vereines. Natürlich ist auch seit mehreren Jahren mein Vater Pächter dieses Revieres Pratteln. Ich bitte sie nun, die Interpellation als dringlich zu erklären. Danke.

#### Abstimmung zur Dringlichkeit

://: Der Rat stimmt mit klarer Zweidrittelmehrheit der Dringlichkeit zu (die Zweidrittelmehrheit beträgt 25).

**GR Max Hippenmeyer** beantwortet die Interpellation: Zu allererst möchte ich den Vorwurf von Vetterliwirtschaft im Gemeinderat in aller Form zurückweisen. Die Neuverpachtung der Jagd geht keineswegs wie im Titel geschrieben an ein Gemeinderatsmitglied. Emanuel Trueb ist lediglich ein normales Mitglied der Jagdgesellschaft Schauenburg, welcher die Jagdpacht neu zugesprochen wurde. Selbstverständlich trat er in den Austausch bei der Beratung dieses Geschäfts. Umgekehrt könnte man eher von Befangenheit sprechen, denn der Interpellant ist der Sohn des Präsidenten des von der Pachtvergabe betroffenen Jagdvereines, der das Nachsehen hat. Es wäre eleganter gewesen, einer deiner Fraktionskollegen hätte die Interpellation eingereicht hätte. Die Antworten zu den Fragen: *Ist sich der Gemeinderat der Tragweite dieses Beschlusses bewusst, dass er damit einem traditionellen Verein die Existenzgrundlage entzieht?* Der Gemeinderat ist sich der Tragweite seines Beschlusses bewusst. Er orientiert sich an den gesetzlichen Vorgaben und nicht an vereinsinternen Befindlichkeiten, sprich Querelen. Anzuführen ist, dass der Jagdgesellschaft Schauenburg 3 Mitglieder angehören, die teilweise jahrzehntelang Mitglieder des Jagdvereines Pratteln waren und im Juli 2014 ausgetreten sind. Frage: *Weshalb wurde der Entscheid nicht begründet und warum wurde keine Anhörung mit dem Jagdverein Pratteln durchgeführt (dies gemäss Bundesverfassung Art. 29)?* Die Neuvergabe der Pacht wurde - wie in anderen Jagdrevieren auch - öffentlich ausgeschrieben und der Entscheid erfolgte mit einer beschwerdefähigen Verfügung. Die Gründe für die Vergabe wurden dem Präsidenten des Jagdvereines Pratteln mündlich erläutert (im Gegensatz zu den Aussagen von Christina Schäublin), zudem wurde in der Verfügung der entsprechende Paragraf aus dem Jagdgesetz zitiert, in welchem die Vergabekriterien definiert sind. Frage: *Was waren die entscheidenden Kriterien für den Entscheid zugunsten der Jagdgesellschaft Schauenburg?* Die massgebenden Kriterien für die Vergabe sind im § 5 Abs. 2+3 des kantonalen Jagdgesetzes festgelegt und wurden wie vorhin erwähnt, den Betroffenen erläutert. Es ist im Weiteren nicht üblich, dass der Gemeinderat im Einwohnerrat Entscheide begründet, die in seiner Kompetenz liegen und der Einwohnerrat nichts dazu zu sagen hat. Frage: *Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass er sich damit dem Vorwurf der Vetterliwirtschaft aussetzt und man davon ausgehen muss, dass Entscheid fragwürdig und einseitig zustande gekommen ist (auch wenn pro forma die Ausstandsregelung eingehalten wurde)?* Der Vorwurf der Vetterliwirtschaft entbehrt jeglicher Grundlage und ich verzichte auf einen weiteren Kommentar zur polemischen Formulierung deiner Frage. Frage: *Ist der Gemeinderat nicht der Ansicht, dass es zielführender gewesen wäre, wenn man vorgängig das Gespräch mit beiden Vereinen und eine Lösung für alle Beteiligten gesucht hätte?* Im August 2014, als es zu Spannungen und 3 Austritten im Jagdverein Pratteln gekommen war und unklar war, ob der Jagdverein seine Aufgaben noch bewältigen konnte, hat auf der Gemeindeverwaltung

ein Gespräch stattgefunden. Teilnehmer waren Vertreter der beiden Jagdgesellschaften und der Vorsteher Jagd und Fischerei vom Kanton. Die Spannungen waren dermassen deutlich spürbar, und ob weitere Gespräche zwischen den beiden Gesellschaften zielführend gewesen wären, muss bezweifelt werden. Falls sie es gewesen wären, ist es nicht Aufgabe des Gemeinderates, beide an einen Tisch zu bringen. Ausserdem wurde seitens Kanton festgestellt - und damit komme ich auf die vorhin festgestellte Professionalität - dass der Jagdverein Pratteln die „Abschussziele“ in den letzten Jahren nicht erreicht hat. Frage: Ist der Gemeinderat bereit, im Sinne einer einvernehmlichen Lösung den Entscheid zurückzunehmen und die unterlassene Begründung und Anhörung durchzuführen, sowie das gemeinsame Gespräch mit allen Beteiligten zu suchen? Die letzte Frage ist wohl nicht ernst gemeint. Der Entscheid wurde mit einer beschwerdefähigen Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung erlassen und liegt nicht mehr in der Kompetenz des Gemeinderates, sondern bei der Beschwerdeinstanz.

Christian Schäublin wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

**Christian Schäublin:** Ich danke GR Max Hippenmeyer für diese ersten Antworten. Zum Thema Befangenheit: Ich habe schon beim Eintretensvotum gesagt, dass ich keinen Hehl daraus mache und dazu stehe. Wenn ich nun indirekt über eine andere Person agiert hätte, wäre es auf dasselbe herausgekommen. Schlussendlich ist es ein Verein, der sich im Dorf seit Jahrzehnten für die Jagd und die Hege und Pflege des Wildes einsetzt und dies in vielen ehrenamtlichen Stunden. Zu den nicht erfüllten Abschusszielen: Bei anderen Gesellschaften ist es dasselbe und viele erfüllen diese Ziele nicht. Schlussendlich ist es zugunsten der Tiere, dass man nicht immer so viele abschießt, wie man sollte. Es handelt sich ja nicht um ein Schützenfest, sondern ein professionelles Anliegen und es wird dann geschossen, wenn man soll und kann und nicht einfach wild drauflos. Zu den Antworten: Ich gebe den Ball bezüglich Polemik zurück, weil mich die Antworten nicht überzeugt haben. Es steht sogar in der Bundesverfassung, dass man ein Recht auf Anhörung und Begründung hat und was hier geliefert wurde und - dies wurde bereits juristisch abgeklärt - ist weder eine Begründung noch eine Anhörung. Dass sie zwischen Tür und Angel stattgefunden hat, zählt auch nicht und dementsprechend bewegt sich der Gemeinderat auf sehr dünnem Eis und einfach einen Artikel aufschreiben ist keine Begründung. Dies bedeutet auch nicht, dass man einen solchen Entscheid fällen muss, ohne das Gespräch zu suchen. Ich habe sogar noch zwei Fragen gestellt und das Einzige, was GR Max Hippenmeyer gesagt hat, war, dass es überhaupt nicht infrage kommt. Was hat dagegen gesprochen, noch das Gespräch zu suchen und vielleicht eine gemeinsame Lösung zu finden? Dies hier ist ein sehr einseitiger und kompromissloser Weg, den der Gemeinderat gewählt hat. Zur Vetterliwirtschaft: Dies war lediglich eine Frage, aber wenn ich sehe, wer davon profitiert, sehe ich, dass ich davon nicht profitiere, aber ihr habt tatsächlich ein Gemeinderatsmitglied, das in dieser neuen Jagdgesellschaft ist und unmittelbar davon profitiert. Die Frage ist immer, mit was der Gemeinderat dies begründet und wieso es keine Anhörung gab. Es ist richtig, dass es noch den Rechtsweg gibt, der voraussichtlich bestritten wird und dass es fertig ist und der Gemeinderat nicht noch einmal auf den Entscheid zurückkommen will, darüber würde ich mich nicht zu früh freuen, sondern abwarten, was passiert.

**Mauro Pavan:** Ich bin etwas befremdet, weil deine Partei, Christian Schäublin, sonst sehr Wert darauf legt, dass die Ausstandspflicht eingehalten wird und versucht, sie auf alle möglichen Fälle auszudehnen. Inwieweit man davon reden kann, dass nun du selber betroffen bist, weiss ich nicht. Aber du sagst ja selber, dass du keinen Hehl daraus machst, dass du damit fest verbunden bist und die Ausstandspflicht umfasst auch, dass man keine eigenen Vorstösse oder Anträge zu diesen Themen bringt. Dann aber dem Gemeinderat vorzuwerfen, er habe seine Ausstandspflicht vielleicht nur pro forma eingehalten, finde ich ungebührlich. Zum Inhalt dieses Vorstosses äussere ich mich nicht.

**GR Max Hippenmeyer:** Es ist wenig zielführend, hier noch lange zu diskutieren. Im Jagdgesetz ist definiert, dass der Gemeinderat die Jagdpacht nach klar definierten Kriterien vergibt. Dies haben wir gemacht und fertig und Schluss. Wenn wir aus romantischen oder anderen Gründen anders entschieden hätten, hätte die Jagdgesellschaft Schauenburg Beschwerde gemacht und dann wären wir hundertprozentig unterlegen, weil wir die Kriterien nicht eingehalten hätten. Der Einwohnerrat hat hierzu wirklich nichts zu sagen; dein Vater soll Beschwerde machen und dann beurteilt die nächste Instanz diesen Fall.

**Patrick Weisskopf:** Wir haben nun der Dringlichkeit zugestimmt und GR Max Hippenmeyer hat vorhin gesagt, dass es klar definierte Kriterien seien. Da es sich um ein laufendes juristisches Geschäft handelt, konnte die GPK es nicht ansehen und darum finde ich es als Einwohner gerecht, wenn man sagen könnte, welches die objektiven Kriterien waren. War es das Durchschnittsalter des Vereines oder war es die Anzahl der Mitglieder in Pratteln? Wenn wir diese Kriterien erfahren, wird es klar und die Gerüchteküche brodelt nicht mehr und wir haben eine saubere Situation auf die nächsten Wahlen.

**GR Max Hippenmeyer:** Kriterien waren die Ortsansässigkeit und das Alter. Es sollen keine Personen über 70 Jahre sein. Beim Jagdverein Pratteln waren zwei Mitglieder ortsansässig und bei der Jagdgesellschaft Schauenburg fünf; bei den anderen Kriterien war alles gleich und somit war der Entscheid klar.

**Christian Schäublin:** Dies war vielleicht ein einziges Kriterium. Ich habe die Kriterien auch studiert und wenn man sie anschaut, ergibt dies mindestens Gleichstand. Es ist überhaupt nicht klar, dass es zugunsten der neuen Jagdgesellschaft Schauenburg ausfällt. Zum Durchschnittsalter: Ich weiss auch, wer in der neuen Gesellschaft dabei ist und es sind mindestens zwei über 70 und schon bald 80 Jahre alt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die dringliche Interpellation ist beantwortet.

**Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:** Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

---

## **Beschlüsse**

**Geschäft Nr. 2979**

**Ersatzwahl für das Wahlbüro für den  
Rest der Amtsperiode: Céline Dürr,  
SP, anstelle von Hêlin Deli Öztürk**

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl als Ersatz-Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2016:

://: Céline Dürr, SP

---

## Geschäft Nr. 2976

## Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Schaffung von öffentlichen Wertstoffsammelstellen“

### Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Schaffung von öffentlichen Wertstoffsammelstellen“ vom 14. Dezember 2015

**GR Stefan Löw:** Der Gemeinderat hat das Postulat angeschaut und würde es gerne entgegennehmen. Es handelt sich um ein Thema, das auch schon im Gemeinderat diskutiert wurde und wir geben ihnen später gerne Antwort.

**Marcial Darnuzer:** Ich danke dem Gemeinderat, dass er das Postulat entgegennehmen will und hoffe, dass es der Einwohnerrat an den Gemeinderat überweist. Das Postulat entspricht einem grossen Bedürfnis der Bevölkerung und liegt auch im nationalen und internationalen Trend. Besonders das Sammeln und Recyceln von Plastik ist momentan sehr aktuell und so wurde kürzlich in Allschwil das Plastiksammeln und Entsorgen in speziellen Säcken eingeführt. Ob dies auch für Pratteln eine Idee ist, bleibt abzuklären. Kunststoff bedeutet Öl und dass es nicht unendlich vorhanden ist, ist Allen klar. Durch ein gezieltes Sammeln und Recyceln von Plastik werden die natürlichen Ressourcen geschont und durch jedes Kilogramm recycelten Kunststoff wird 1 Liter Öl eingespart. Solche Sammelstellen und auch öffentliche Sammlungen werden gemäss Bundesamt für Umwelt von der Bevölkerung sehr gut genutzt. So werden beispielsweise von 220 Kilogramm Papier, die jeder Einwohner im Jahr durchschnittlich verbraucht, fast 90 % weiter verwendet. 81 % der Petflaschen landen im Sammelbehälter statt im Abfall und 96 % der Flaschen und Gläser werden an Sammelstellen entsorgt. Nur bei Batterien und den allgemeinen Kunststoffabfällen besteht grosser Handlungsbedarf. Die Schaffung solcher öffentlicher Wertstoffsammelstellen ist nötig und sinnvoll und bringt zusätzlich einen Ökobonus für Pratteln. Ich bitte sie, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

**Simon Schärer:** Die SVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung. Wir sehen keinen Handlungsbedarf, weil PET und PE in jedem Grossverteiler gratis abgegeben werden können. Styropor kann man in jedem Elektronikgeschäft, Mediamarkt und IKEA zurückgeben. Ich persönlich finde, dass die Sammelstellen jetzt schon schlecht aussehen und was mit den Kosten ist, haben wir uns auch gefragt.

**Petra Ramseier:** Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Überweisung. Wir begrüssen es, weil es eine gute Sache ist und bitten den Gemeinderat, auch zu prüfen, warum Aarau damit aufgehört hat und warum Allschwil es einführt. Dies muss Hintergründe haben, die für uns interessant sind.

**Mauro Pavan:** Zu Simon Schärer: Es handelt sich ja um ein Postulat und wie es mit den Kosten ist, ist einer der Sachverhalte, die der Gemeinderat zu prüfen hat, wenn wir das Postulat denn überweisen. Wenn der Gemeinderat zum Schluss kommt, dass solche Sammelstellen sinnvoll sind, wird er wahrscheinlich mit einer Vorlage kommen oder es machen, je nach dem, ob es in seiner Kompetenz liegt oder nicht, und wenn der Gemeinderat zum Schluss kommt, dass es nicht sinnvoll ist, wird er es begründen. Gerade darum ist dies ein Überweisungsgrund.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 32 Ja zu 5 Nein bei 0 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2976 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

**Geschäft Nr. 2977**

**Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Klare Analyse der Personalaufstockung“**

Aktenhinweis

- Interpellation der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Klare Analyse der Personalaufstockung“ vom 14. Dezember 2015

Christian Schäublin wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

**Christian Schäublin:** Danke für die schriftliche Beantwortung, die auf den erste Blick sehr ausführlich zu sein scheint. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass es sich um eine Wiederholung dessen handelt, was bereits in der Vorlage stand, als es um diese Stellen ging. Es ist auch weniger eine ausführliche Analyse, wie wir uns gewünscht hätten. Wir haben noch Fragen: Man spricht immer von diesem renommierten Institut, das die Untersuchungen durchführt. Woher kommt dieses Institut, wer ist dabei und ist es wirklich so renommiert oder beruft sich jeder darauf, weil es so am einfachsten geht? Zur Frage zwei hätten wir uns eine Gegenüberstellung der Anzahl Fälle gewünscht, die man als Vorgabe oder effektiv hat. Wie steht es von der Vorgabe zu den aktuellen Fällen? Uns fehlt eine Entwicklung, die für die letzten 10 Jahre aufzeigt, wie sich die Abteilung entwickelt hat, wie es zur heutigen Situation kam und was heute an zusätzlichen Aufgaben speziell an Pratteln auf der Abteilung Soziales im Zusammenhang mit der Sozialhilfe steht. Es fehlt uns also das Konkrete und uns fehlt auch eine Antwort, was der Gemeinderat plant, ob es weitere Stellenaufstockungen gibt oder wie es in der Zukunft aussieht.

**GR Emanuel Trueb:** Es wurde die Frage nach dem Institut für Sozialrecht gestellt. Es ist eines der Institute im Sozialbereich, das aus den Hochschulen entstanden ist, an denen Sozialrecht doziert wird. Wir verfügen über Bezugspersonen zu diesem Institut und lassen uns in besonderen Punkten beraten. Zur Frage nach der Entwicklung im Sozialwesen bzw. im Sozialdienst. Ich verweise auf den Jahresbericht, in dem die Fallzahlen sauber ausgewiesen sind. Weiter mache ich darauf aufmerksam, dass im Sozialwesen die Sozialhilfebehörde eine ganz entscheidende Rolle spielt, denn dort werden schlussendlich die Entscheidungen getroffen und dies ist ein vom Einwohnerrat gewähltes Kollegium nach dem Parteienproporz und es ist nicht schlecht, sich für Detailfragen an die jeweiligen Mitglieder zu wenden, sofern es sich nicht um Angaben handelt, die der Vertraulichkeit unterstehen. Diese Kontakte kann man gut selber herstellen; dies an die Adresse der SVP, die auch eine Person in der Sozialhilfebehörde hat.

Die Interpellation ist beantwortet.

---

**Geschäft Nr. 2868**

**Beantwortung Postulat der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Dezentrale Energieerzeugung“**

Aktenhinweis

- Postulat der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Dezentrale Energieerzeugung“ vom 22. November 2013

**GR Stefan Löw:** Als Erstes entschuldigt sich der Gemeinderat für die späte Beantwortung des Postulates. Es liegt eine ausführliche schriftliche Beantwortung vor ihnen. In der Zwischenzeit hat sich auf dem Energiesektor einiges bewegt und verändert. Tagsüber ist sehr viel elektrische Energie vorhanden, teilweise sogar Überkapazitäten, und die Preise haben sich massiv verändert. Biopower und EBL sind zwei juristisch eigenständige Unternehmen, die wirtschaftlich autonom und der Gemeinde nicht angegliedert sind. Biopower produziert Biogas, von dem ein grosser Teil direkt in die Autobahnraststätte geliefert und zur Betankung von Gasfahrzeugen verwendet wird. Produktion und Abnahme sind also nahe beieinander.

**Marc Bürgi:** Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort, auch wenn es etwas später wurde. Es war tatsächlich so, dass der Regierungsrat schneller war, etwas Ähnliches auf Stufe Kanton zu beantworten und zwar Mitte September 2015. Bei dieser Beantwortung wird einerseits die kantonale Sichtweise dargelegt bezüglich dieser 60 ha von Salina Raurica, bezüglich den EBL bzw. dem Kraftwerk für den vorgesehenen Grosswärmeverbund. Meine Hintergründe des Postulates auf Ebene Gemeinde waren, dass auch die Gemeinde auf diesem Gebiet tätig wird, die, was Salina Raurica betrifft, einiges schneller gearbeitet hat als der Kanton. Ich bin daher mit dieser Beantwortung zufrieden, weil sie nicht nur auf den Bericht des Landrates verweist, sondern auch auf die kommunale Ebene eingeht. Es ist erfreulich, dass Synergien genutzt werden und man darüber nachdenkt, wie erneuerbare Energien insbesondere für die Versorgung von Salina Raurica eingesetzt werden können. Dies spricht für die Energiestadt Pratteln und ich danke noch einmal für die Beantwortung dieses Postulates.

**Kurt Lanz:** Die SP-Fraktion ist auch der Meinung, dieses Postulat abzuschreiben. Wichtig ist uns, dass der Kontakt zum Gemeinderat aufrechterhalten bleibt, weil die gesamte Energieversorgung Salina Raurica und der Wärmeverbund der EBL auch im Zusammenhang mit der Abwärme der ARA gesehen werden muss. Dies muss man im Hinterkopf behalten, weil die Energie nicht nur zum Kamin hinausgehen soll, sondern gebraucht wird. Die Energiestadt Pratteln muss hier am Ball bleiben.

#### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2868 wird abgeschrieben.

---

## **Geschäft Nr. 2947**

## **Zonenvorschriften Siedlung Mutation Salina Raurica – 1. Lesung**

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 22. Dezember 2015

### Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung.

**Dieter Härdi**, Abteilungsleiter Bau steht auf dem Referentenplatz für Fachfragen zur Verfügung.

**GP Beat Stingelin** erläutert die Vorlage am Zonenplan Siedlung: Es handelt sich um eine grosse Sache, die wir heute Abend hierin diskutieren dürfen. Es geht um Salina Raurica, ein Gebiet, über das in den letzten Jahren viel geschrieben und geredet wurde; vieles, das richtig war und auch solches, das falsch war. Wir hatten eine Begleitkommission, die über Jahre in immer wieder anderer Zusammensetzung getagt hat, weil es über

die Legislatur ging und im Einwohnerrat Änderungen stattfanden. Darum wissen einige Personen nicht mehr, was zu Beginn war, was zwischendrin war und was geändert wurde. Dazu kommt, dass der Kanton die Regeln zwei Mal geändert hat. Dies ist einmal im Bereich der Kläranlage, wo sich die blaue Zone in Form eines sauberen Riegels erstrecken sollte, was mit dem Kanton so vereinbart war. Er hat plötzlich gesagt, dass er dieses Areal für die Erweiterung der Kläranlage brauche und der Riegel, den wir dort machen wollten, kommt nun weiter nach hinten (GP Beat Stingelin zeigt auf die entsprechenden Flächen des Zonenplanes). Wir haben dies neu geplant und nun kam auf der Westseite von der Hardwasser AG eine Anfrage einer Unternehmung, die ab Coop bis zur Hardwasser AG alles erwerben wollte, aber dann hiess es von der Hardwasser AG aus „Halt, das Ganze muss zurückgezont werden“. Wir hatten eine öffentliche Auflage, aber sie haben es verschlafen. Der Kanton hat zwar Einsitz, war aber nicht dabei, als sie dabei sein mussten und wir mussten in eine öffentliche Zone zurückzonen. Bei den grünen Flächen handelt es sich um öffentliche Zonen. D. h. der Investor, der bis zur Hardwasser AG hin bauen wollte, ist noch nicht abgesprungen und ist daran zu prüfen, ob er seine Sache hier bauen kann, aber dies ist unsicher. Bei der gelben Zone hinten handelt es sich um ein Gebiet mit Quartierplanpflicht, wo später über das Gesamtquartier abgestimmt wird, wo etwas gebaut werden soll, was zum rosa gefärbten Teil im Norden - dies ist die Gemeinde Augst und mit ihnen zusammen haben wir die Planung durchgeführt - harmonisieren soll. Die Rheinstrasse muss verlegt werden und auch darum dreht sich die Diskussion. Es ist ein bedeutender Faktor damit die Sache in sich stimmt. Die Vorgaben des Landrates sind auch gegeben. Das Tram, das nach Salina Raurica fahren soll, ist für uns ein absolutes Muss. Es darf nicht sein, dass man uns abspeist und sagt „Machen wir zuerst einen Bus und dann sehen wir weiter“ dann kommt das Tram sicher nicht. Der sog. Längipark gab immer zu diskutieren, vor allem Diskussionen über die Quadratmeter, d. h. wie lang und wie breit er sein soll. Der Landrat hat gesagt „circa“ und es wird um jeden Meter gerungen, den man gewinnen könnte, aber wir haben klare Vorstellungen. Ich bin überzeugt, dass es eine gute Sache gibt. Nicht ganz sicher bin ich über die Fragestellung heute Abend im Einwohnerrat. Ich habe schon viele Fragen und Mutmassungen gehört und ich frage mich, ob es nicht Sinn macht, den Zonenplan zusammen mit dem Strassennetzplan an die BPK zu überweisen. Alle 40 Personen des Einwohnerrates können Fragen an die BPK oder die Abteilung Bau stellen, sodass schlussendlich alles beantwortet wird. Ich habe festgestellt, dass es Fraktionen gibt, die etwas gefragt haben und andere nicht. Es handelt sich um ein grosses Geschäft und wenn viele Detailfragen kommen, wäre so seriöser. Es handelt sich um eine Zukunftsplanung, die man genau festlegen muss. Gleichzeitig müssen wir auch vorwärts machen und es kann passieren, dass jemand irgendetwas baut, was nicht in unserem Sinn ist. Nach jetzigem Recht kann ein Industriebau erstellt werden und wir können dagegen nichts unternehmen. Darum ist es, wenn es an die BPK geht, ein absolutes Muss, dass es so schnell wie möglich geht. Wir können die Grundstückbesitzer nicht immer zurückhalten uns sagen, dass wir bald so weit seien... Ich habe festgestellt, dass unserer BPK in den letzten Jahren effizient und schnell gearbeitet hat. In meinem Innersten sage ich, dass es besser ist, wenn sich alle Personen des Einwohnerrates Gedanken machen, die Fragen aufschreiben und so erhalten wir eine Auslegeordnung an Fragen und können diese beantworten.

**Urs Hess:** Die SVP-Fraktion kann dieses Geschäft gut beraten und wir waren auch gut beraten mit unserem Mitglied dieser Kommission. Ich denke, dass der Weg über die BPK, den GP Beat Stingelin gerade aufgezeigt hat, für die meisten Fälle gut ist. Aber weil alle Mitglieder der BPK auch in der Begleitkommission waren, haben alle schon daran gearbeitet und sind befangen. Wenn man diese Leute gefragt hat, hat man erfahren, um was es geht. Mir kommt Salina Raurica vor, als ob wir ein Abfahrtsrennen fahren. Man hat beim Lauberhorn weit oben begonnen, ist heruntergefahren und nun langsam im Ziel. Ich habe den Eindruck, dass es nicht Abfahrer waren, die oben gestartet sind, sondern solche, die nicht über den Stemmbogen herauskommen. Man hat immer wieder gebremst und die Geschichte von Salina Raurica ist sicher 20 Jahre alt. Es hat damit begonnen, dass gewisse Kreise es dort zu einem Stopp bringen wollten, sodass man gar

nichts bauen darf, später durfte man etwas bauen. Dann folgte eine Planungszone des Kantons und nun, endlich, endlich, geht wieder etwas. Wenn wir das Filetstück dort unten behalten wollen und auch so verwenden, dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Es ist sowieso schon 20 Jahre zu spät und wir sollten blitzartig handeln, weil es dort ein gültiges Zonenreglement gibt, das überhaupt nicht unseren Visionen entspricht, wie wir dort Ansiedlungen vornehmen wollen und das Gebiet überbauen. Darum können wir uns den Weg über die BPK sparen und das Geschäft direkt hier im Rat behandeln.

**Christine Gogel:** Es handelt sich um das grösste Entwicklungsprojekt im Kanton. Pratteln steht vor der komplexesten Aufgabe, die es je hatte. Nach der Mitwirkung ist das Projekt zurückgegangen an den Kanton. Da gab es umfangreiche Änderungen bezüglich ARA und Hardwasser und der Park wird um einen Sechstel kleiner. Die Begleitkommission wurde aber nicht mehr zu diesen inhaltlich bedingten Änderungen eingeladen. Darum sind wir von der SP-Fraktion heute für eine Überweisung an die BPK. Wir lassen uns nicht drängen und winken diese riesige Kiste nicht einfach durch, weil es plötzlich, nachdem es lange Verzögerungen seitens des Kantons gegeben hat, pressiert. Dies wäre unseriös und über die Verlegung der Rheinstrasse hat der Landrat noch nicht einmal entschieden. Diese Vorlage verdient, dass sie von der BPK angeschaut wird. Umso besser, wenn es darin Personen gibt, die schon in der Begleitkommission waren. Dann haben sie schon Vorwissen und müssen nicht bei null anfangen und können zackig hinter unsere Fragen und diese abwickeln. Dies ist auch in unserem Sinn. Wir haben aber auch festgestellt, dass die Pläne teilweise fehlerhaft sind, die wir in dieser Vorlage haben. Wir müssen die umfangreichen Änderungen der wortbrüchigen Regierung nun akzeptieren. Wir haben Fragen, und diese hätten wir gerne behandelt.

**Benedikt Schmidt:** Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt allen, die an dieser jahrelangen Planung beteiligt waren und wir freuen uns, dass das Planungsmonster endlich vor uns liegt. Ich habe in den Einwohnerratsakten gewählt: Wir haben 2006 hier im Rat einen Planungskredit gesprochen. In der Vorlage stand, dass grosse Dringlichkeit bestehe, weil die Planungszone 2007 ausläuft. Mehr zum Tempo, die bei dieser Planung vorgelegt wurde, muss man nicht sagen. Im Jahr 2006 hat man von drei Teilzonenplänen geredet, dafür das Geld bewilligt und heute haben wir etwas ganz anderes, das aber auch nicht schlecht ist. Wenn man sieht, wie das Projekt angekündigt wurde, muss man sagen, dass der Berg nun wirklich eine Maus geboren hat. Es gab eine grossartige Ankündigung und heute ist es zwar komplex und gross, aber nicht viel mehr als eine normale Zonenplanung. Ursprünglich wurde etwas geplant, das zu einem Verkehrskollaps geführt hätte und wir freuen uns, dass Änderungen vorgenommen wurden, dies zu verhindern. Zur ARA äussere ich mich nicht - darüber wurde schon genug geredet und eine Verlegung wäre nicht schlecht gewesen. Eine ARA, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, ist nicht eine tolle Nachbarin. Diese Zonenplanung ist auch eine Zonenplanung mit sehr vielen Unsicherheiten: Können wir die Planung auch so beschliessen, wenn viele Kernelemente wie beispielsweise die Verlängerung des Trams alles andere als sicher sind? Können wir dem Kanton glauben? Er braucht ja Geld für ein Tram und er hat erst letzte Woche CHF 30 Mio. eingesteckt, die eigentlich den Gemeinden zugestanden wären. Ob er das Geld fürs Tram hat, ist also eine andere Frage. Wenn man die Pläne anschaut, stellt man fest, dass recht frisch von der Leber weg geplant wurde. Dass ein grosser Teil des Areales schon überbaut ist, wird im Planungsbericht am Rande erwähnt und die bestehenden Bauten sind in allen Visualisierungen nicht zu sehen. Wie man das Geplante umsetzen will, hat man nicht gelöst und nennt es einfach Etappierung. Ich bin dann gespannt, wie die Etappierung herauskommt. Durch die Planung zieht sich wie ein roter Faden hindurch, dass viele Entscheide auf später verschoben wurden. Man hat Vieles angedacht und im Planungsbericht steht, dass es einen Anhang dazu gibt und dort steht, was man vielleicht machen will. Zum Thema 2'000-Watt-Gesellschaft beispielsweise gibt es schon Ideen, aber diese werden nicht im Zonenreglement fixiert, sondern soll später irgendwann gemacht werden. Ein für uns wichtiges Thema ist der Robinson-Spielplatz. Man weiss, dass er weg muss, hat aber keine Lösung, wo er hin soll. Auch wir haben an der öffentlichen Mitwirkung teilgenommen, es wurde aber nur

eine der acht Eingaben übernommen. Trotz allen ist die Fraktion der Unabhängigen und Grünen für Eintreten und für Überweisung an die BPK und wenn wir eingetreten sind, werde ich erläutern, warum wir für Überweisung an die BPK sind.

**Andreas Seiler:** Die Fraktion der FDP und der Mitte-Parteien ist glücklich mit dieser Vorlage und dass sie nun endlich bei uns auf dem Tisch ist. Auch wenn es teilweise sehr lange gedauert hat, was ich selber nicht verstehe, sollten wir nicht auch noch herumtrödeln, sondern die Arbeit speditiv erledigen. Wir sind für Eintreten und Direktberatung und ich sehe nicht ein, dass es für die Beantwortung von Fragen die BPK braucht. Nach meinem Dafürhalten ist die BPK nicht ein Sekretariat, um die Fragen in einen Bericht zu fassen und dem Einwohnerrat zuzustellen. Wenn jemand Fragen hat, die spezifisch beispielsweise von Dieter Härdi beantwortet werden, hätte man ihm diese vorher schicken können und jeder hätte sie heute auf dem Tisch. Falls die Vorlage an die BPK überwiesen wird, braucht es einen klaren Auftrag, was die BPK anschauen soll und was konkret zu ändern ist. Solange es um die Beantwortung von Fragen geht, braucht es meiner Meinung nach die BPK nicht. Von unserer Seite aus sind keine zwingenden Fragen vorhanden und von GP Beat Stingelin wurde bereits alles dargelegt, was sich in letzter Zeit getan hat. Denken wir zurück: Es gab die Begleitkommission, in der alle Fraktionen, Parteien und auch Gewerbeverbände vertreten waren und man sich dort einbringen konnte. Der Zonenplan sollte nun gut sein und wir sind der Meinung, dass er es ist.

**Gert Ruder:** Zur Situation mit der Begleitkommission: Es ist so, dass alle Fraktion informiert waren über den Planungsstand bis zu einem gewissen Punkt. Das Mitwirkungsverfahren wurde abgeschlossen und die Unterlagen gelangten zur Vorprüfung an den Kanton. Der Kanton ist nachher in einen Modus verfallen, den wir bestens kennen. Der Kanton leidet unter einer Krankheit, die ich als „Politik der kalten Füße“ bezeichne. Zuerst gibt er vor, dass hier und hier, wo die beiden Reserveflächen der ARA Rhein AG und der Hardwasser AG sind, und ein riesiges Stück verwendet werden kann und hier wäre es hellblau und dort dunkelblau (Gert Ruder zeigt auf die entsprechenden Flächen im Zonenplan), und später, als die Öffentlichkeit nichts mehr erfahren hat, hat der derselbe Kanton gesagt, dass sie diese Flächen nun doch brauchen. Der Kanton, der in beiden Gesellschaften, in der ARA und in der Hardwasser AG, im Verwaltungsrat sitzt. Nun will sich der Kanton aus der Verantwortung herausschleichen – natürlich sagt er es nicht so, aber schlussendlich ist es so. Vielleicht ist es auch gut so, weil er ja seine Arbeit nicht gemacht hat; der Gemeindepräsident hat dies auch so angetönt. Es ist auch nicht untypisch, dass gerade die SVP-Fraktion und die FDP-Fraktion genau diese Regierungsräte in den Verwaltungsräten respektive in der Regierung sitzen haben, dann wundert es mich nicht, dass gerade ihr dieses Riesengeschäft direkt beraten wollt. In diesem Geschäft bzw. Plan gibt es diverse Fehler und wenn wir diese in der Direktberatung bereinigen können, machen wir es. Ich empfehle aber, dass wir der SP-Fraktion und den Grünen folgen und das Geschäft der BPK geben. Das Einzige, was ich versprechen kann, ist, dass wir mit Bestimmtheit keine Beschlusssentwürfe generieren, die nachher der Gemeinderat überprüfen und uns noch einmal in die Schule schicken muss.

**Marc Bürgi:** Ich kann verstehen, dass man bei einer solchen Monstervorlage, die ich als ehemaliges BPK-Mitglied des Landrates gewohnt bin, in Versuchung geraten kann, einer Überweisung an die BPK zuzustimmen. Zu dieser Vorlage: Als Anhang haben wir noch das Bundesgesetz zur Raumplanung, die eidgenössische Raumplanungsverordnung, die kantonale Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz, das Raumplanungs- und Baugesetz Basel-Landschaft und wir haben den kantonalen Richtplan, das Grün- und Freiraumkonzept und die Energieversorgung Salina Raurica mit dem Bericht der Regierung von letzten September. Ich habe das Glück, dass ich als damaliger Landrat und Mitglied der BPK, bei dem Geschäft und den Beratungen - zu Beginn wurden sogar Informationen unter Verschluss gehalten, während heute alles öffentlich abrufbar ist - eins zu eins bei der Erarbeitung dieses Monsterprojektes dabei sein konnte. Gleichzeitig zu den Vorbereitungen des Kantons hat die Gemeinde Pratteln nicht geschlafen und vorwärts gemacht. Die mehrmals erwähnte Begleitkommission ist durchaus in der Lage,

noch offene Fragen durch direkte Kommunikation zu klären. Es ist richtig, was Christine Gogel gesagt hat, dass wir einen Sechstel des Parkes nicht so haben. Die ARA Rhein braucht Platz, wobei es um Neu- und Umbau geht und wir alle wissen, wie es gestunken hat in Pratteln. Es geht um die Hardwasser AG, die auch Platz beansprucht. Selbstverständlich ist dort der Kanton im Verwaltungsrat; es handelt sich aber um freie Unternehmungen. Wenn wir die Vorlage nun an die BPK überweisen wegen des Fehlers von einem Sechstel, den weder wir noch der Kanton beeinflussen konnten, bremsen wir die anderen fünf Sechstel aus und das, meine Damen und Herren, finde ich unnötig. Widerstehen wir darum der Versuchung, die BPK mit diesem Geschäft zu betrauen, weil wirklich alle Fragen geklärt sind. Du siehst, Gert Ruder, nicht nur die SVP und FDP sind gegen eine Überweisung an die BPK; es ist genug geredet und wir müssen vorwärts machen, da hat Urs Hess recht. Bitte stimmen sie für die Direktberatung und geben sie der Überweisung an die BPK eine Abweisung.

*Eintreten ist unbestritten und es folgt die Diskussion.*

**Benedikt Schmidt:** Warum wir der Meinung sind, dass es eine Überweisung an die BPK braucht und der Versuchung nachzugeben: Es gibt viele Fragen, die in der Vorlage nur andiskutiert sind und es schön wäre, eine klarere Aussage oder Antwort zu haben. Was die BPK bearbeiten kann, wäre eine Grundlage für unseren Entscheid, damit wir für unseren Entscheid wir gut informiert sind. Die BPK hat in der letzten Zeit immer sehr effizient und schnell gearbeitet und ich sehe bei einer Planung, die 20 Jahre vor sich hingedümpelt hat, nicht wirklich ein Problem, wenn es einige Wochen länger geht. Es gibt wirklich viele Fragen und wir haben vorgängig in der Fraktion einen Fragenkatalog von 31 Fragen zusammengestellt und darauf sollten wir Antworten haben. Antworten zum Tram beispielsweise: Hat der Kanton das Geld und welches sind seine Pläne? Auch die Verlegung Rheinstrasse ist immer noch nicht beschlossen und wie steht es um den Rückbau der alten Rheinstrasse? Wer garantiert, dass die alte Rheinstrasse wirklich zurückgebaut wird? Wir wissen ja, wie der Kanton die Rückbauten von Strassen handhabt und hatten Diskussionen darüber, ob es so gemacht wurde, wie wir es uns vorgestellt hatten. Wenn man auf Salina.ch nachschaut, stand dort gestern Abend „Voraussichtlich im Sommer 2015 wird eine Vorlage an den Landrat überwiesen, der sich zu diesem Projekt äussert“. Dies erinnert mich ein wenig an den Basler Schnitzelbank, wo jemand aufs Trämli wartet und das Trämli nicht kommt. Gibt es wirklich einen Zeitplan für das Tram und auch eine gesicherte Finanzierung? GP Beat Stingelin hat auch gesagt, dass es am Schluss eine provisorische Lösung mit Bussen geben könnte und wir wissen ja alle, dass Provisorien ziemlich dauerhaft sind und gerade dieses gilt es zu verhindern. Es gibt noch andere Fragen wie zum Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung Zurlindengrube, das verlegt wurde. Hat man wirklich alles gemacht, was der Landrat seinerzeit beschlossen hat? Hat der Kanton ein Budget, um das neue Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung zu pflegen? Es gibt die Zone mit Quartierplanpflicht, wo sich der Wert des Grundeigentums sehr stark erhöhen wird. Gibt es dort eine Mehrwertabschöpfung und wenn ja, wie hoch? Ich habe schon den Robinson-Spielplatz erwähnt und möchte hierzu klare Aussagen von der Gemeinde haben. Beim Eintreten habe ich schon erwähnt, dass Vieles auf später verschoben wurde. Wie wird sichergestellt, dass die Schulhäuser und Kindergärten an gute Standorte kommen? Ich könnte hier ewig weitermachen und wir haben noch viele Detailfragen beispielsweise auch zu ökologischen Vernetzungsachsen, Kleintierdurchlässen unter den Strassen. Sind diese wirklich auch am gleichen Ort? Wie will man es mit den ökologischen Ausgleichsflächen anstellen, die im Zweifelsfall als Schutzbepflanzung auszuführen sind und wenn es eine Schutzbepflanzung ist, hat sie keinen ökologischen Wert mehr. Im Planungsbericht steht unter „Aktuell vorhandenen Naturwerten“, es sei noch offen, ob die Naturwerte auf dem Coop-Areal erhalten bleiben können. Warum ist es offen und warum kann Coop einmal mehr machen, was er will? Ich will nicht jede der 31 Fragen verlesen und könnte jede noch 5 Minuten lang begründen, aber wir wollen ja später noch alle ein Bier trinken.

**Roger Schneider:** Wir dürfen uns nicht, weil die Planung nun schon bald 20 Jahre unterwegs ist, unter Termindruck setzen lassen. Wir müssen uns bewusst sein, dass es sich hier um das grösste eingezonte Bauland in der Gemeinde Pratteln handelt, das noch nicht überbaut ist – eventuell sogar im ganzen Kanton. Auf uns lastet also eine grosse Verantwortung und wir dürfen die Planung, auch wenn sie von einer Kommission, dem Planer des Kantons und der Gemeinde sowie der Bauverwaltung erarbeitet wurde, beschliessen. Dann geht es an den Kanton, der die Planung genehmigen und die Einsprachen behandeln muss. Wir 40 Personen hierin müssen hinter dieser Planung stehen und von den 40 hierin waren nur sehr wenige intensiver daran und ich empfehle darum die Überweisung an die BPK sehr. Wir haben gehört, dass die BPK sehr effizient arbeitet und wenn sie Detailfragen erhält, kann sie gezielter und besser auf die Fragen bzw. Antworten eingehen. „Filetstück“ wurde oft erwähnt; schaut doch auf die Karte von Pratteln. Wir müssen doch über den Tellerrand heraus schauen und die gesamte Gemeinde anschauen. Für mich hat sich die Frage nach Gewerbe bzw. einer Gewerbezone gestellt. Wir haben im Vierfeld-Areal Gewerbezone umgezont und das jetzige Coop-Areal wird wahrscheinlich auch umgewandelt. Es findet eine Transformation statt und auch andere Betriebe, die sehr nahe an den Wohnzonen sind, werden in Zukunft wahrscheinlich zu Wohngebieten transformiert. Wo bleiben noch Flächen für Gewerbenutzung? Ich habe mich ernsthaft gefragt, ob dies wirklich die Lösung ist, die wir hier bringen und dies ist auch ein Punkt, den die BPK anschauen kann. Ist das Wohnen, wie hier im Plan dargestellt, auch so gewünscht und verlangt? Dies ist eine der über 30 Fragen, mit denen sich unsere Fraktion wirklich intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt hat. Diese Fragen hätten wir gerne in der BPK behandelt. Seid euch der Verantwortung bewusst und ob es einen oder zwei Monate länger dauert, spielt keine Rolle mehr. In der BPK sind interessierte und fachlich kompetente Personen, die es für uns behandeln und antworten.

**Andreas Seiler:** Lieber Gert Ruder. Es ist etwas durchsichtig, wenn du als Vertreter der Partei, die seit Kurzem in der Kantonsregierung nicht mehr vertreten ist, ein solches Palaver gegen die Kantonsregierung machst. Ich bin auch nicht mit allem zufrieden, was sie macht, aber in vielen Bereichen und gerade im Bildungsbereich wird es besser. Die Frage ist nicht, ob der Kanton seine Aufgaben und Verantwortung wahrgenommen hat, sondern die Frage ist, ob wir hier innen unsere Verantwortung wahrnehmen. Und wenn ich nun sehe, welche Fragen von den Grünen bzw. von Benedikt Schmidt gekommen sind, frage ich mich, was für eine Relevanz die Antworten dann für eine Entscheidung zum Zonenplan haben. Wir haben von der BPK aus schon einmal einen Brief an den Regierungsrat geschickt bezüglich Tram. Es kam eine Antwort zurück, in der es hiess, der Landrat habe noch nicht beschlossen und das wussten wir auch sonst schon. Terminpläne gibt es vielleicht schon, aber ob sie eingehalten werden, weil ein Parlamentsbeschluss noch aussteht, weiss ich auch nicht und wenn wir hier noch lange weiter machen, ist der Terminplan Makulatur. Es ist nun Zeit, dass wir uns entscheiden. Zum Gewerbegebiet: Der KMU-Pratteln war ja auch in der Begleitkommission vertreten und hätten dies auch gesehen. Es ist nun so, dass es in der Schweiz und in Europa generell weniger Gewerbezone braucht und davor können wir uns nicht verschliessen. Darum sehe ich keinen wirklichen Grund, was die BPK erreichen soll, ausser darüber zu reden. Oder wollt ihr die Gebiete, die man zu ARA und Hardwasser AG gegeben hat, wieder zurückzonen? Diese Möglichkeit könnte die BPK klären, aber ist es im Interesse von Pratteln? Wir müssen ja schliesslich mit der ARA leben. Bei euren Fragen bleibt nicht viel Fleisch am Knochen und es wirkt wie eine Nebelpetarde oder wollt ihr es noch weiter verzögern, damit ihr sagen könnt, der Kanton mache nicht vorwärts? Es ist an uns, Verantwortung zu übernehmen und die Vorlage so, wie sie vor uns liegt, zu beurteilen. Antworten geben zu irgendwelchen Detailfragen, die später sowieso noch einen politischen Entscheid brauchen, ist wenig sinnvoll.

**Urs Hess:** Was jetzt hier passieren soll, kommt mir komisch vor. Dass man gegen die Regierung schiessen will, verstehe ich, wenn man in der Opposition ist; dies machen wir beim Gemeinderat auch manchmal. Hier, meine ich, wird nun vermischt, was man nicht vermischen kann. Es gibt Aufgaben, die der Kanton wahrnehmen muss und diese hat er

mit seinem kantonalen Richtplan wahrgenommen und die Verlegung der Rheinstrasse ist Teil des kantonalen Richtplanes. Was der Landrat noch nicht beschlossen hat, ist der Baukredit dieser Umfahrungsstrasse. Wo sie hinkommt, ist klar und die Rahmenbedingungen hat der Kanton festgelegt. Ihr vermischt nun Aufgaben des Kantons mit denjenigen der Gemeinde. Wir sind ein Gemeindeparlament und nicht ein Kantonsparlament. Wir beschliessen über denjenigen Teil, für den wir zuständig sind, die Zonenplanung und den Strassennetzplan. Dies liegt in unserer Hoheit und wir befinden darüber und beim Anderen können wir Wünsche äussern, aber beschliessen wird dies jemand anderes. Es gibt also zwei Ebenen hierin. Fragen kann man auch zur Ebene des Kantons stellen, aber nicht beschliessen. Ich bin der Meinung, dass wir dieses Geschäft auch direkt beraten können.

**GP Beat Stingelin:** Zu Benedikt Schmidt: Ob der Kanton das Geld hat, das Tram zu bauen, kann die Kommission auch nicht beantworten. Es ist nämlich der Bund, der das Geld sprechen muss und nicht der Kanton. Ob für die Verlagerung der Rheinstrasse das Geld vorhanden ist, wird die Kommission auch nicht sagen können. Ob der Rückbau richtig gemacht wird, kann die Kommission auch nicht sagen. Zur Mehrwertabschöpfung: Dies ist im Kanton nicht möglich. Münchenstein hat es versucht und auch wir in Pratteln hätten es gerne schon früher gehabt und so viel Geld verdient. Der Kanton hätte viel Geld verdient, weil sie es ja zuerst nehmen. Kindergärten: Für Kindergärten ist die Flughöhe noch zu hoch und wir haben über Freiflächen diskutiert. Zu Andreas Seiler: Es war schon der Kanton mit Frau Pegoraro, der dreingefunkt hat, was sich nicht wegdiskutieren lässt. Zu Urs Hess: Der Wirtschaftsförderer, Herr Weber, hat ein Stück weggenommen und auch dies schleckt keine Geiss weg und man muss es so zur Kenntnis nehmen und dazu stehen. Andererseits muss ich sagen: Bestimmt das, was hier auf dem Plan eingezeichnet ist und diskutiert nicht über Mehrwertabschöpfung und Anderes. Dies bringt uns keinen Schritt weiter. Wenn wir dem zustimmen, ob mit oder ohne Kommission, ist es eine Verpflichtung für den Kanton. Wenn wir nichts machen, haben wir nichts gemacht.

**Mauro Pavan:** Wahrscheinlich könnte man die über 30 Fragen der Fraktion der Grünen und Unabhängigen hierin schon heute Abend beantworten. Ist dies sinnvoll und effizient? Fakt ist, dass wir eine extrem effiziente BPK haben. Dort wird sicher nichts verzögert und schnell und effizient bearbeitet und wir wissen später, was Sache ist. Stimmt darum dem Antrag auf Überweisung zu.

**Benedikt Schmidt:** Es lohnt sich schon, beim Kanton nachzufragen. Vielleicht wird es im Bildungsbereich tatsächlich besser und wo es momentan harzt, ist wirklich nicht der Bildungsbereich, sondern die Baudirektion und, Andreas Seiler, du weisst ja, wer der Vorsteher ist. Wir können dem Gemeinderat bzw. der Verwaltung unsere Fragen geben und dann werden sie auf die nächste Sitzung schriftlich beantwortet.

**Petra Ramseier:** Zu Andreas Seiler: Die Nebelpetarde liegt hier, bei dem gelben grossen Gebiet. Dieses sah bis letztes Jahr so aus, differenziert mit verschiedenfarbigen Zonen mit verschiedenen Angaben, was in welcher Zone kommt (Petra Ramseier zeigt den zum Anhang 10 gehörenden Plan). Jetzt sind es noch zwei Bereiche, einer hier und ein anderer dort, zwei Zonen mit neuen Regelungen (Petra Ramseier zeigt die Vorlage Zonenplan Siedlung, Zonen mit Quartierplanpflicht Nr. 3 und 4). Im Zonenreglement sehen wir, violett gleich neue Mutationen im Reglement (Petra Ramseier zeigt die Seiten 7 und 8 des Papiers „Zonenreglement Siedlung, Mutation Salina Raurica, Zonen mit Quartierplanpflicht“): Genau bei den Abschnitten zu den Zonen mit Quartierplanpflicht ist alles neu, was genau das gelbe Gebiet betrifft. Dies ist nicht ein Sechstel, sondern ein Drittel des ganzen Gebietes und darüber wurde bis jetzt in keiner Kommission diskutiert. Zum Beispiel der Längipark: Dieser war vorher voll definiert und jetzt ist er wahrscheinlich etwas kleiner und es steht in der Fussnote „kann in Varianten diskutiert werden“. Dies ist keine Zonenbestimmung mehr, sondern bedeutet, dass wir irgendwann in der Zukunft schauen, was wir machen wollen. Klar ist im Moment dort überhaupt nichts und daher ist wichtig, dass die BPK die Zone anschaut. Nicht nur Grün und Blau (Zone für öffentliche

Werke und Anlagen, Gewerbezone) sind anders, sondern auch das Gelbe wurde ganz neu aufgeschlüsselt.

**Dieter Härdi:** Die Differenzierung rührt daher, dass dies der Zonenplan ist und das andere sind Dichtestudien zum Zonenplan. D. h., der farbige Plan in Anhang 10 zeigt auf, wie viele Arbeitsplätze und Einwohner zukünftig in diesem Gebiet Platz hätten. Das Gelbe zeigt das Fassungsvermögen und was wir dort haben, lässt alle Möglichkeiten offen, wenn wir eine gute städtebauliche Lösung erreichen wollen. Dies bedeutet, dass es später ein Varianzverfahren bzw. Testplanverfahren gibt, wo mehrere Teams städtebauliche Lösungen suchen. Aus diesen verschiedenen Lösungen wird die beste herausgesucht und schlussendlich liegt eine Lösung vor, die auf diesen basiert. Es handelt sich um die Grundlage für die Testplanung. Diese Unterlagen sind für den Nachweis für den Verkehr, die Umwelt usw. bestimmt. Funktioniert es überhaupt, wie viel kann man in diesem gelben Bereich überhaupt ansiedeln, war unter anderem die Fragestellung.

**Patrick Weisskopf:** Auch ich bin für Überweisung an die BPK. Warum noch einmal eine Kommission? Wir müssten unterscheiden, dass diejenigen Kommissionen, die die Planung bisher begleitet haben, Kommissionen des Gemeinderates sind und in diese Kommissionen wird man eingeladen. Es handelt sich um Kommissionen mit Interessensvertretern. Wir als Einwohnerrat müssen schauen, dass wir die Interessen der Einwohner beachten und daher haben wir auch eine starke, gewählte BPK. Auch wenn ich manchmal etwas Streit mit Gert Ruder habe, hat sie immer einen guten Job gemacht und die Sachen kritisch angeschaut. Und genau dies erwarte ich noch einmal. Die wirkliche politische Diskussion, was Pratteln will, was die Parteien wollen, sollte in der BPK stattfinden und genau angeschaut und versucht werden, das Beste im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten herauszuholen und dass man sich für die Prattler Einwohner einsetzt. Es hat bereits 2006 begonnen; wir haben Geld für drei Teilzonenplanungen gegeben. Die erste Planung ist völlig in die Hose gegangen, weil dort unten etwas geplant wurde, was einen Verkehrskollaps verursacht hätte. Dann hat man die ganze Planung umgestellt und es kam das Desaster mit der ARA. Man hat verpasst, daraus ein Filetstück zu machen. Der Kanton hat die Chance gehabt, die ARA nach Schweizerhalle zu verlegen, wo sie auch hingehört und die Chemie ist und es daher stinkt. Habt ihr gerne eine Kläranlage als Nachbar? Filetstück? Sorry, neben der ARA wohnen; hoffen wir, dass es nicht mehr stinkt und aus diesem Filetstück das Beste herausholen. Macht nun diese Diskussion mit der BPK, denn was ihr hier seht, für das hätte man keine 10 Jahre an Planung gebraucht. Es ist nichts festgelegt und die alten Probleme wurden in die Zukunft in die Quartierpläne verschoben. Selbst die schönen Visualisierungen, die wir sehen, sind doch ein Witz. Da sind Visualisierungen zu sehen, wo überbaut ist und es gar nicht so realisiert werden kann. Dies ist die Etappierung. Wie wird jetzt sichergestellt, dass überbaut wird, wie wir es wollen? Geschieht dies mit einem einzigen Quartierplan? Ist es eine Summe von kleinen Grundstücken mit einer Mindestgrösse, wo jeder seinen Quartierplan macht? Stellt euch die Fragen vor. Der erste muss ein Stück an die Strasse geben und dann muss noch etwas fürs Schulhaus weg. Und den Längipark hat man noch vergessen und der Letzte ist der Arme, der alles bezahlen muss. Ich erwarte schon etwas mehr, dass man sagt, so sieht der Längipark aus und das wollen wir haben, also klare Fakten schaffen. Aus meiner Sicht kann man auch Plätze aussondern, wo ein Schulhaus hinkommt oder ein Kindergarten und ich erwarte ein Schulzentrum an der besten Lage und zwar dort, wo die Kinder den Längipark nutzen können. Ich erwarte nicht, dass das Schulhaus dann an der unattraktivsten Lage bei der ARA ist. Setzt euch endlich für die Prattler Einwohner ein - sie haben es verdient. Wenn wir es nicht richtig machen und salopp schnell darüber diskutieren, gibt es hier eine Wiederholung in grösserem Rahmen wie unser Parkraumbewirtschaftungskonzept.

**Roger Schneider:** Anhand der Voten unserer Fraktion seht ihr, dass wir uns wirklich intensiv mit diesem Geschäft beschäftigt haben. Es geht nicht darum, etwas zu verzögern oder links rechts oder Parteigeplänkel. Es handelt sich um ein wichtiges Stück Land und es wurden viele und gute Überlegungen gemacht. Aber es gibt einige Punkte, zu

denen wir Fragen haben. Nehmt doch diese Fragen ernst und wenn wir sie hier im Rat behandeln, ist es nicht effektiv. Ich fände es besser, wenn die fünf Personen der BPK dies behandeln und du, Andreas Seiler, bist ja auch dabei und ich übertrage dir hier eine grosse Verantwortung und den anderen auch. Es sind gute Fragen und auch ihr und die SP werdet einige Fragen haben. Es geht um Zonenausscheidung und wenn wir schon wissen, wie viele Leute dort wohnen und arbeiten, wieso können wir die öffentliche Zone nicht schon jetzt ausscheiden? Wir brauchen eine Schule mit 12 Schulzimmern, es braucht andere öffentliche Nutzungen und vom Längipark wissen wir genau, wie gross er sein soll. Das könnten wir doch alles schon hier ausscheiden. Viel Spielraum haben wir gar nicht. Warum zeichnen wir dies hier nicht mutig in den Plan und verschieben es nicht auf den Quartierplan? Wir schicken ja fast jeden Quartierplan durch die BPK und jetzt handelt es sich um eine solche Riesenfläche und ist uns nicht wert, von einer Fachkommission der Einwohnerrates anschauen zu lassen? Da verstehe ich die Relationen nicht mehr. Den Quartierplan Bahnhofstrasse hat die BPK angeschaut und nun wollen wir diese Riesenfläche in der Rheinebene direkt beraten. Dies kann ich nicht verstehen und ich bitte dringend, der auch vom Gemeinderat und der Verwaltung unterstützten Runde durch die BPK zuzustimmen. Den Bericht der BPK kann man wieder in der Fraktion anschauen und dann ist diese Diskussion wahrscheinlich viel kürzer und wir können effizienter und schneller entscheiden. Stimmt also dem Antrag zur Überweisung an die BPK zu.

**Gert Ruder:** Ich will nun auf einer anderen Ebene diskutieren: Philosophische Betrachtungen wurden schon gemacht, politische Aussagen von mir und von anderen und ich komme zurück auf den Plan. Petra Ramseier hat es vorgängig gesagt und GP Beat Stingelin hat auch gesagt: „Befasst euch mit dem Plan“. Der uns in den Unterlagen zugestellte Plan ist ein Augentöter und wenn man mit der Lupe nachschaut, gibt es verschiedene Index'. Der Index Q ist vom 22.12.2015, aber einen Ausdruck haben wir vom 9.12.2015. Was ist jetzt Sache? Ist die Revision eingeflossen oder haben wir einen alten Ausdruck? Ich denke, eher das zweite, weil es hier verschiedene Sachen gibt, die in der Realität schon existieren. Alle wissen, dass das Heizkraftwerk schon steht und auch das Unterwerk der EBL. Man sieht nichts im Plan. ARA und Hardwasser sind gezeichnet, die bestehenden Gebäude im Nordostteil sind auch eingezeichnet und dann gibt es Sachen im verbindlichen Planinhalt, die am völlig falschen Ort verlaufen. Dies sind die ökologischen Vernetzungsachsen: Eine geht westlich an der ARA vorbei und gehörte heute westlich ans Heizkraftwerk. Die andere geht quer durch die Parzelle 4671 oder 4677, was auch keinen Sinn ergibt. Die ökologische Vernetzungsachse gehört an die Fuss- und Velowegverbindung. Dann gibt es einen unverbindlichen Planinhalt, den ich gerne verbindlich hätte. Dies ist die neue Schutzzone um die Parzellen herum, die der Kanton für die ARA zurückkokkupt hat. Schutzzone und Unverbindlichkeit finde ich das Toupet und einen riesigen Planungsfehler und wie wir nun in Direktberatung solche Sachen im Plan ändern, weiss ich nicht, aber vielleicht hat jemand Anderes einen Vorschlag.

**GP Beat Stingelin:** Zu Patrick Weisskopf und Roger Schneider: Ihr redet von Quartierplänen. So weit sind wir noch nicht. Wir haben gesagt, dass es einen Wettbewerb über die gesamte quartierplanpflichtige Zone gibt. Dann wollt ihr wissen, wo die Kindergärten hinkommen. Roger Schneider, sagt, er wolle wissen, wohin dieses oder jenes kommt, aber ich weiss nicht was. Auch ich weiss nicht, was du sagen wolltest. So weit auf dieser Detailstufe sind wir noch nicht und das werdet ihr auch von der BPK nicht erhalten. Wir müssen zuerst den Wettbewerb durchführen und dann zeigt sich, was wohin kommen könnte, wo das Schulhaus hinkommt und wo der Kindergarten. Wir wissen auch, und dies steht in der Vorlage, pro so-und-so-viele Einwohner braucht es so-und-so-viele Schulzimmer. Das wissen wir. Aber wo dies sein wird, wissen wir noch nicht und können wir noch gar nicht wissen. Ihr wollt bereits jetzt eine Quartierplanberatung machen, aber das geht nicht und auch nicht in der BPK.

**Fredi Wiesner:** Ich bin auch Mitglied der BPK seit Beginn Aufruf der Bevölkerung, zusammenzukommen und sich Gedanken zu machen, was man mit dem Stück Land dort

anfangen könnte. Es waren Bewohner von Augst dabei und viele von Pratteln. Es wurden Visionen entworfen und schöne Pläne mit Gebäuden, wie es aussehen könnte. Mittlerweile hat sich alles verändert. Tatsache ist, dass sich mit jedem Monat oder Vierteljahr, das vergeht, der Plan wieder ändern wird. Darum ist wichtig, dass wir etwas in den Fingern haben, das verbindlich ist und woran man dann schaffen kann. Die meisten Fragen der Unabhängigen und Grünen beantworten sich selber. Wenn ich höre, wer uns gewährleisten kann, dass das Tram auch wirklich kommt, ob das Geld vorhanden ist. Wir haben im Brodbeckareal jahrelang die Trasse für ein Tram frei gehalten und dann ist es herausgekippt. Also können wir doch von niemandem eine Gewähr verlangen, dass das Tram auch kommt. Dies ist Illusion. Aber was man wirklich machen kann, ist, dass man dieses hier bestätigt und dann haben wir etwas, womit man später weiterarbeiten kann. Auch im gelben Gebiet für die Quartierpläne kommt etwas und das kommt auch wieder in den Einwohnerrat und dann können wir sagen, wo die Kindergärten hin sollen. Zuerst müssen wir ja mal etwas haben, damit etwas entstehen kann. Je länger wir warten, gibt es dort unten Gebäude, die gebaut werden können, GP Beat Stingelin hat es bereits erwähnt, und dann gibt es eine neue Situation. Wenn wir diese Planung schon vor zwei Jahren bewilligt hätten, wären diese Zonen anderes gelegt. Darum ist es wichtig, dass die wesentlichen Fragen gestellt und beantwortet werden und wir vorwärts machen. Ich glaube nicht, dass die Kommission so schnell arbeitet, weil es ein dickes Dossier ist und einige Fragen vielleicht nicht zu beantworten sind. Ihr kennt den Kanton: Wenn man dort eine Frage stellt, geht es relativ lange, bis man eine Antwort erhält und ob sie stimmt, ist etwas anderes. Beantworten wir doch die Fragen direkt und behandeln die Vorlage direkt und wenn es gar nicht geht, können wir das Geschäft immer noch an die BPK überweisen.

**Andrea Klein:** Seit gefühlten 45 Minuten diskutieren wir jetzt relativ viel Theorie und es wurden Fragen gestellt, zu denen wir feststellen mussten, dass es kantonale Sachen sind. Wir sind jedoch ein Kommunalparlament und können nur über kommunale Angelegenheiten entscheiden. Es ist die Frage, ob wir nun für die Bürger sind, wenn wir es an die BPK überweisen, oder gegen die Bürger. Es ist die Frage, ob wir nicht mal etwas einschlagen wollen, damit wir etwas haben, und dass nicht die ganze Zeit daran herumgefeilt wird. Darum beantrage ich, dass wir nun die Abstimmung vornehmen, ob die BPK zum Zug kommt oder nicht.

**Petra Ramseier:** Zu Fredi Wiesner: Das Problem ist, dass das Vertrauen fehlt. Ich war auch zu Beginn dabei, als die Mitwirkungsverfahren mit der Bevölkerung stattfanden und nachher war ich einige Jahre in der Begleitkommission. Zu Beginn wurde gesagt, es gäbe einen grossen Längipark. Wir hatten den grossen Vernetzungskorridor an der Autobahn und auch noch anderes, was uns Grüne, Ökologen usw. zufriedengestellt hätte. Der gesamte Vernetzungstreifen an der Autobahn ist der Verlegung der Rheinstrasse zum Opfer gefallen mit Null Ersatz. Der Längipark wird jedes Mal kleiner; ein Teil ist schon überbaut und der restliche Streifen wird immer schmaler. Und so geht es weiter und nun sollen wir wieder Vertrauen haben, dass mit den Quartierplänen alles gut kommt? Falls jemand von uns krank ist, wenn hierin über den Quartierplan abgestimmt wird, kann man sicher sein, dass alles weg ist. Dies ist das Problem, ob man euch und der Regierung noch glauben kann, dass irgendetwas von dem bleibt, was uns am Anfang zugesagt wurde. Was machen wir jetzt? Natürlich kann man sagen, dass wir die Pflöcke einschlagen, aber es sind eure Pflöcke, unsere werden garantiert verschwinden.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 20 Ja zu 17 Nein bei 0 Enthaltungen:

://: Das Geschäft Nr. 2947 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

---

## Geschäft Nr. 2966

## Sondervorlage Strassennetzplan Prattel Nord

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 3. November 2015

### Das Büro empfiehlt Überweisung an die BPK.

**GP Beat Stingelin:** Die Konsequenz ist klar: Wenn die Zonenvorschriften zu Salina Raurica an die BPK geschickt werden, gehört auch diese Vorlage dazu. Es besteht ein direkter Zusammenhang und es muss auch beides zusammen behandelt und beantwortet werden. Beides separat zu diskutieren ergibt keinen Sinn; es gehört zusammen.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 36 Ja bei 1 Enthaltung:

://: Das Geschäft Nr. 2966 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

## Geschäft Nr. 2962

## Antrag des Büros betreffend „Antrag der SP-Fraktion, Mauro Pavan, auf Teilrevision (Ergänzung) des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“ – 1. Lesung

### Aktenhinweis

- Antrag des Büros des Einwohnerrates vom 11. November 2015

### Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung.

**Mauro Pavan:** Ich bedanke mich beim Büro, dass der Antrag so übernommen und ausformuliert wurde und bitte den Einwohnerrat, dieser Teilrevision so zuzustimmen.

**Urs Schneider:** Das Problem wurde erkannt und man will es jetzt lösen. Dies ist auch in unserem Sinn. Wir haben Fragen dazu: Wie will man die Stellvertretung handhaben bei den Spezialkommissionen, bei den ständigen Kommissionen? Es kann ja nicht sein, dass sich bei jeder Sitzung eine andere personelle Zusammensetzung ergibt. Es kann auch nicht sein, dass man anruft und sagt: „Ich kann nicht gehen, kannst du gehen?“ Offen ist auch, wie dies mit den Protokollen usw. ist. Erhält der Stellvertreter ständig alle Protokolle? Ich stelle den Antrag, den Vorschlag, wie er hier vor uns liegt, zu belassen und zu ergänzen, damit keine Willkür entsteht: *„Die Stellvertreterin oder der Stellvertreter kann erst bei einer längeren, geplanten Absenz des Kommissionsmitgliedes oder ab mehr als 2 ungeplanten oder absehbaren Absenzen hintereinander zum Einsatz kommen“.*  
Antrag von Urs Schneider

**Emil Job:** Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist dafür, dies so aufzunehmen. Ein Stellvertreter macht keinen Sinn, wenn er nicht vollständig dokumentiert ist. Dies insbesondere für die GPK, die auch sensitive Angelegenheiten bearbeitet. Wenn dort ein

Stellvertreter nicht vollständig dokumentiert wird, macht es wenig Sinn, dass ein Stellvertreter vorhanden ist.

**Mauro Pavan:** Ich verzichte gerne darauf, Energie zu verschwenden, um Probleme zu lösen, die noch nicht existieren und empfehle daher, den Antrag von Urs Schneider abzulehnen. Sollte sich zeigen, dass dies tatsächlich zum Problem wird, kann man immer noch eine Ergänzung vornehmen. Im Sinn eines schlanken Reglements würde ich auf den viel gerühmten und von euch oft zitierten gesunden Menschenverstand bauen, dass es sicher nicht die Idee ist, willkürliche Zusammensetzungen zu haben. Abgesehen davon, dass es auch bei der jetzigen Anzahl Mitglieder der Kommissionen jeweils aufgrund wechselnder Abwesenheiten bei jeder Sitzung eine andere Zusammensetzung sein kann.

**Urs Hess:** Es ist wichtig, einen solchen Passus ins Reglement aufzunehmen. Noch nicht klar ist, ob die Stellvertretung genau wie ein normales Mitglied zu Beginn der Legislatur gewählt wird. Die GPK ist ein sehr sensibles Gremium und ich mache euch beliebt - dies muss aber nicht ins Reglement aufgenommen werden - dass man die Stellvertretung nur dann mit Unterlagen bedient, wenn sie wirklich nur bei diesem Geschäft, für das sie die Stellvertretung macht, dabei ist. Dies ist die Regelung des Landrates und so geht alles sauber und in geordneten Bahnen. Es ist nicht gut, wenn die GPK-Protokolle auch an die Stellvertretung gehen, weil diese Protokolle auch relativ heikle Passagen enthalten und es ist nicht gut, wenn es der Stellvertreter auch erhält, aber nicht dabei ist. Wenn der Stellvertreter bei einem heiklen Geschäft dabei ist, aber das ordentliche Mitglied nicht, gilt der übliche Weg.

**Andrea Klein:** Wie haben dies in der Fraktion auch diskutiert und sind zum gleichen Schluss wie Mauro Pavan gekommen. Es braucht etwas, damit wir eine Basis haben, um später darauf zurückkommen, aber wir müssen es nicht unnötig verkomplizieren in einen Zustand, von dem wir noch gar nicht wissen, ob es ihn überhaupt gibt. Es ist nicht im Sinn der Sache, dass man Stellvertreter benennt und auch schickt. Sondern die in die Kommission gewählten Personen sind primär in dieser Kommission und die Stellvertreterfunktion wird nicht aus Vergnügen in Anspruch genommen und die Kommissionsmitglieder wollen in erster Linie das Geschäft beraten. Lassen wir es so wie von Mauro Pavan vorgeschlagen. Dann haben wir später einen Erfahrungswert, wie es funktioniert und ändern können wir es später immer noch.

**Kurt Lanz:** Ohne Urs Hess Redezeit wegzunehmen: Wie ist es denn beim Landrat? Wie ist es geregelt? Vielleicht ist es beim Landrat nicht geregelt, aber Usanz, wie es Mauro Pavan auch vorgeschlagen hat. Dann können wir einfach zustimmen, wie es das Büro vorgelegt hat.

**Urs Hess** antwortet, dass es Usanz sei.

#### Abstimmung über den Antrag von Urs Schneider

://: Der Antrag von Urs Schneider wird mit grossem Mehr abgelehnt.

#### 1. Lesung

##### 3.3.1.2<sup>bis</sup> **Stellvertretung (neu)**

Die Fraktionen bestimmen für jede Kommission neben den ihnen zustehenden Mitgliedern einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die 1. Lesung ist abgeschlossen.

**Mauro Pavan:** Aufgrund der nicht sehr komplexen Formulierung und damit es auch sicher auf die neue Legislatur in Kraft treten kann, stelle ich Antrag auf Verzicht der 2. Lesung.  
*Antrag von Mauro Pavan*

### Abstimmung über den Antrag von Mauro Pavan

Der Rat beschliesst mit 25 Ja zu 8 Nein bei 4 Enthaltungen (die Zweidrittelmehrheit beträgt 25):

://: Dem Antrag von Mauro Pavan, SP-Fraktion, auf Verzicht auf die 2. Lesung wird zugestimmt.

### Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 33 Ja zu 1 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 27. November 1972 wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 7. März 2016.

---

## Fragestunde

### Frage 1

### „Rheinlehne in den Startpflöcken“ (Christine Gogel, SP-Fraktion)

**GR Stefan Löw beantwortet die Fragen:** Frage 1: *Wird die Gemeinde involviert sein in die Vorhaben in der Rheinlehne oder in die bevorstehende Sanierung der Altlasten?* Selbstverständlich ist die Gemeinde im Rahmen des Baugesuchsverfahrens in das Bauprojekt Rheinlehne involviert. Die Altlastenthematik auf diesem Grundstück ist schon länger ein Thema. Das Amt für Umweltschutz und Energie, Fachstelle Altlasten, bearbeitet und begleitet diese Angelegenheit im Detail in Absprache mit dem zuständigen Bundesamt und dem geotechnischen Institut Basel-Stadt. Mit dem Bau darf erst begonnen werden, wenn die Altlastensanierung klar geregelt ist. Frage 2: *Wer muss für die Sanierung aufkommen? Wie ist die Rechtsgrundlage bei privaten Grundstücken?* Da der Verursacher nicht mehr existent ist, hat der Kanton voraussichtlich einen massgeblichen Beitrag an die Sanierung zu leisten. Beiträge des Bundes richten sich nach der VASA - Verordnung. Die Aufteilung der Kosten zwischen den Parteien (Bund, Kanton, Grundeigentümer) ist noch offen. Gesetzliche Grundlage ist die Altlastenverordnung (AltV) und die Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA) sowie das USG. Frage 3: *Kennt der Gemeinderat den Zeitplan für das gesamte Bauvorhaben?* Der Zeitplan für das ganze Bauvorhaben richtet sich nach dem Altlastensanierungskonzept, welches es noch abzuwarten gilt und vor Baubeginn vorliegen muss. Frage 4: *Muss mit weiterem verseuchtem Gebiet bei den angrenzenden Parzellen gerechnet werden?* Die belastete Grundstücksfläche ist grösser als das Baufeld der Neubauten. Die belastete Fläche ist lokal auf den früheren Betrieb zurückzuführen.

**Christine Gogel:** Punkt 4 habe ich nicht ganz verstanden. Bei mir ist es folgendermassen angekommen: Das Grundstück Rheinlehne ist grösser als die vermutete Altlast. Es wird also in den angrenzenden Grundstücken keine arsenhaltigen Altlasten haben, die jemand anderem gehören. So habe ich es verstanden.

**GR Stefan Löw:** Der Bereich der Verschmutzung ist im Altlastenkataster ersichtlich und die Grösse lässt sich dort sehen. Soviel ich weiss, ist die Fläche grösser als das, was jetzt überbaut wird. Man muss sowieso zuerst abklären, wie genau die Kontamination ist, wie man reinigt und was. Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen und die Sanierung erfolgt ist, kann mit dem Bau begonnen werden. Vorher kann man dort nichts bauen.

Die Frage ist beantwortet.

## Frage 2

### „Nasszellen Erlimattschulhaus, Münchackerschulhaus usw.“

(Eva Keller-Gachnang, SP-Fraktion)

**GR Rolf Wehrli beantwortet die Frage:** Ich danke Eva Keller-Gachnang für die kurze Frage und versuche sie auch so zu beantworten. Frage: *Wann ist mit der Sanierung aller Nasszellen, in den gemeindeeigenen Schulhäusern zu rechnen?* Die Erneuerung der Nasszellen in den Schulhäusern wird jeweils im Rahmen grösserer Sanierungen realisiert; zurzeit sind wir am Schulhaus Längi. Die Schulhäuser Erli und Münchacker werden später saniert. Die Duschanlagen im Schulhaus Erli sind funktionstüchtig. Die Kleinturnhalle Münchacker wird relativ wenig benutzt, was mir die Schulleitung auf der Primarschulstufe bestätigt hat, weil die Schüler mehrheitlich die Sporthalle KUSPO benutzen. Ausserhalb von Sanierungen wird der normale Service der Nasszellen durchgeführt.

Die Frage ist beantwortet.

---

Die Sitzung wird um 21.20 Uhr beendet.

Pratteln, 22. Februar 2016

Für die Richtigkeit

**EINWOHNERRAT    PRATTELN**

Die Präsidentin      Das Einwohnerratssekretariat

Dominique Häring    Joachim Maass